

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	37 (2018)
Heft:	71
Artikel:	Munizipalismus ohne die Schweiz? : emanzipatorisches Potenzial der Gemeindeautonomie
Autor:	Koch, Philippe
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-781017

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Munizipalismus ohne die Schweiz?

Emanzipatorisches Potenzial der Gemeindeautonomie

Im Juni 2017 haben sich zahlreiche VertreterInnen lokaler politischer Plattformen zur Fearless-Cities-Konferenz in Barcelona getroffen. Das Ziel der Konferenz war, der lokalen politischen Ebene mehr Gehör zu verschaffen und auf deren grundlegende Bedeutung für die Demokratie hinzuweisen. In den letzten Jahren haben sich in zahlreichen Städten und Gemeinden Organisationen und politische AkteurInnen gegen die nationalstaatliche Austeritätspolitik und xenophobe Praktiken in Stellung gebracht. Die Konferenz bot die Möglichkeit, dieses munizipalistische Netzwerk zusammenzubringen und als Neuen Munizipalismus sichtbar zu machen (Baird 2017; Vollmer 2017).

Die Bewegung des Neuen Munizipalismus basiert auf der Überzeugung, dass im lokalen Alltag verankerte Politik wesentlich zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beiträgt.¹ Gleichzeitig ist die Hinwendung zur lokalen Ebene auch eine Reaktion auf das Versagen nationalstaatlicher Institutionen, die sich als unfähig erwiesen haben, Probleme – wie etwa die Wohnungsnot, die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und Leistungen oder den Erhalt ökonomischer und gemeinschaftlicher Strukturen – vor Ort zu lösen. Die lokale Ebene kann damit als Gegenpol zu staatlichen Institutionen begriffen werden, die Formen von Selbstregierung ermöglicht.

Der Fokus der politischen Auseinandersetzung und Organisation liegt auf der unmittelbaren Lebenswelt der Stadt- bzw. GemeindebewohnerInnen. Ein wesentliches Merkmal des Neuen Munizipalismus ist die stärkere Einbindung und direktere Beteiligung der BürgerInnen und BewohnerInnen an der Gestaltung der eigenen Gemeinde. Auf dieser Ebene ansetzende Politik soll jene Probleme benennen und lösen, die vor Ort den Alltag prekarisieren. Die Lösungen orientieren sich an den Ressourcen und Bedürfnissen der lokalen Gemeinschaft und müssen in einem sinnvollen Verhältnis zu überlokalen Bedingungen stehen.

Dabei wird die Gemeinschaft nicht als unverrückbare, ahistorische oder ethnisch definierte Entität verstanden. Sie entsteht und existiert nur als Folge der gemeinsamen Formulierung und Lösung kollektiver Angelegenheiten. Die Gemeinde als sozialräumliches Gebilde mit unscharfen Grenzen ist gleichermassen Fundament und Horizont einer Politik der Autonomie, die vom Alltag ausgeht, um diesen zu verändern.

Die munizipalistische Bewegung ist vor allem in jenen Ländern aktiv, die besonders unter den Folgen der Finanzkrise zu leiden haben, wie etwa in Spanien, Italien, Griechenland, Frankreich, aber auch England und Irland. Die Schweiz sucht man auf der Landkarte des Neuen Munizipalismus vergeblich. Das erstaunt, da Idee und Praxis des Neuen Munizipalismus für hiesige Ohren sehr vertraut klingen. Verweist das Streben nach Gemeindeautonomie in der Schweiz nicht auf eine ähnliche politische Vision wie jene des Neuen Munizipalismus?

Der vorliegende Beitrag verfolgt die These, dass der Neue Munizipalismus und das Prinzip der Gemeindeautonomie in der Schweiz verwandt sind. Jedoch fehlt der emanzipatorische Horizont des Neuen Munizipalismus bei der Schweizer Variante der Gemeindeautonomie weitgehend. Gemeinden werden hierzulande immer stärker zu reinen Umsetzungs- und Verwaltungseinheiten umgebaut (Kübler/Ladner 2003; Kübler/Dlabac 2015). Das demokratische Potenzial lokaler Politik kann aber nur dann optimal ausgeschöpft werden, wenn Gemeinden nicht als Miniaturversion des Staates, sondern als eigenständiger politischer Raum verstanden werden. Auch dieses Verständnis findet sich in der Schweiz in zahlreichen Praktiken lokaler Politik. Diese müssen aber gestärkt werden. Denn eine lokale Alltagspolitik der Autonomie schafft nicht nur Handlungsspielräume, sondern kann auch etablierte Machtstrukturen aufweichen.

Minaturversionen des Staates oder politische Gebilde eigener Art?

Die Gemeindeautonomie ist in der Schweiz eine Errungenschaft, die über die Parteidgrenzen hinweg Unterstützung findet. Was tatsächlich unter Gemeindeautonomie zu verstehen ist, bleibt jedoch unklar. In staatsrechtlichen und politikwissenschaftlichen Debatten werden Gemeinden meist als Geschöpfe des Staates – im Schweizer Kontext als «Schöpfungen» oder «Institutionen» der Kantone – verstanden (Linder/Müller 2017; Meyer 2011; Fiechter 2010).² Aus dieser Sicht ist der Fall klar: Gemeinden sind öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften der untersten Staatsebene. Sie sind autonom, sofern die Kantone ihnen lokale Aufgaben überlassen und dementsprechend eigenständig Steuern erhoben werden können. Um die Gemeindeautonomie staatsrechtlich einzugrenzen, wird meist auf das Subsidiaritätsprinzip verwiesen: Kantone sollen nur jene Aufgaben erfüllen, die nicht ebenso gut oder besser von Gemeinden oder Privaten übernommen werden können. Um welche Aufgaben es sich dabei im Detail handelt, ist von Kanton zu Kanton verschieden, wobei folgende Bereiche in den meisten Kantonen den Gemeinden überlassen werden: kommunales Polizeirecht, kommunales Baurecht und Bauwesen, Versorgungsbetriebe, Verleihung des Bürgerrechts, Schul- und Sozialwesen. Daneben müssen Gemeinden Aufgaben übernehmen, die ihnen vom Kanton oder vom Bund übertragen werden. In dieser Sichtweise sind Gemeinden ein integraler Bestandteil des Staates und verfü-

gen höchstens über relative Autonomie in Abhängigkeit von den übergeordneten staatlichen Ebenen.

Gemeinden sind aber auch Arenen der politischen Willensbildung. In der Gemeinde werden nicht nur Aufgaben erfüllt, sondern an deren Erfüllung ist ein politischer Entscheidungsfindungsprozess geknüpft. Die Möglichkeit, Entscheidungen in der Gemeinde zu treffen, bildet aus der mehr oder weniger zufälligen Ansammlung von GemeindegewohnerInnen ein politisches Kollektiv (Ladner/ Bühlmann 2007; Ladner 1991; Linder 1980). Gemeinden nutzen diese Möglichkeiten in der Schweiz sehr unterschiedlich. In Gemeinden, in denen politische Parteien eine untergeordnete Rolle spielen, kümmern sich lokale Organisationen um die Willensbildung und die Kommunikation mit den Behörden. Es gibt aber auch Gemeinden mit Parlamenten, die legislative Funktionen ausüben. Die Mehrheit verfügt jedoch über kein Parlament, sondern besitzt nur eine gewählte Exekutive mit regelmässig stattfindenden Gemeindeversammlungen. Folglich fallen die kommunalen Arbeiten je nach Grösse entweder auf eine professionelle Verwaltung zurück oder auf das ehrenamtliche Engagement zahlreicher BewohnerInnen in Ämtern und Kommissionen. In dieser Vielfalt der politischen Selbstorganisation der Gemeinden zeigt sich, dass die Gemeindeautonomie weit über die rein staatsrechtlich definierten Handlungsrahmen hinausgeht. Die Gemeinden definieren und vollziehen eigene politische Aufgaben.

Die nicht nur in der Schweiz oft vertretene duale Sichtweise, Gemeinden entweder als eigene Geschöpfe oder Geschöpfe des Staates zu verstehen, verlangt meines Erachtens nach einer Korrektur. Denn Gemeinden sind eigenartige Doppelwesen: Einerseits werden sie als unterste Ebene der gesamtstaatlichen Architektur betrachtet. Andererseits gehen sie historisch wie auch praktisch der nationalstaatlich organisierten politischen Praxis voran (Schläppi 2007; 2011). In den letzten Jahrzehnten richtete sich der Blick primär auf die erste Betrachtung. Es ist an der Zeit, über die zweite Betrachtung nachzudenken und deren Potenzial auszuloten (Kübler 2015).

Gemeindeautonomie als Form der Selbstregierung

Am Beispiel des sogenannten Milizsystems lässt sich aufzeigen, dass Gemeinden in der Schweiz politische Praktiken kennen, die dem Bild der Gemeinde als Miniaturversion des Staates widersprechen. Das Milizsystem bezeichnet in der Schweiz die rein nebenberufliche und ehrenamtliche Übernahme von politischen Mandaten und Ämtern. Das Milizsystem ist zwar auf allen Staatsebenen verbreitet, hat aber ihren historischen Ursprung in der Gemeinde und ist dort immer noch stark verankert und legitimiert. Es führt nicht nur dazu, dass die BürgerInnen – teilweise auch Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft – unterschiedliche Rollen im politischen Prozess einnehmen können. Sondern es

verwirklicht auch die Idee der Selbstverwaltung. Nur so ist das Selbstverständnis vieler GemeindepolitikerInnen zu erklären, dass sie nicht Teil der Behörden und «der» Politik seien. Womit sie eigentlich ausdrücken wollen, dass in der Gemeinde unabhängig von übergeordneten politischen Konfliktlinien und Verwaltungsmethoden kollektive Selbstorganisation stattfindet.

Die Vorstellung einer umfassenderen Autonomie der lokalen Ebene gegenüber staatlicher Politik findet auch Rückhalt in gewissen Strömungen der politischen Theorie, in denen die Gemeinde primär als lokales Selbstregierungsmodell verstanden wird (Magnusson 2015). Die Forderung nach Foren und Institutionen, in denen sich die Bevölkerung selber regieren kann, war sowohl für Klassiker der liberalen Demokratie – etwa für Alexis de Tocqueville (1968 [1835]) oder auch J. S. Mill (1991 [1861]) – wie auch für politische TheoretikerInnen anarchistischer oder autonom marxistischer Prägung zentral (Bookchin 2015; Holloway 2010). Magnusson (2015) weist dabei zu Recht darauf hin, dass wir das Potenzial der Gemeinden als Form der Selbstregierung nur dann erkennen können, wenn wir Gemeinden eben nicht als Teil oder Miniaturversion des Staates sehen (siehe auch Cooper 2016; 2017). Im Unterschied zu staatlichen Körperschaften verkörpern Gemeinden eine nichtsouveräne Form des Regierens. Sie können Raum schaffen für politische Praktiken der Selbstregierung, deren Wirkmächtigkeit nicht an die Rechtsgewalt einer staatlich gefassten Souveränität, sondern an die Idee kollektiver Einbindung und Aneignung des Gemeinsamen gebunden ist (Loick 2012). Hier ergeben sich auch Anknüpfungspunkte zu Recht-auf-Stadt-Bewegungen. Und zwar insofern das Recht auf Stadt als Forderung nach Selbstregierung der Stadt verstanden wird – gegen eine Stadt des Kapitals und gegen eine Stadt als Gegenstand staatlicher Regulation (Magnusson 2015).

Lokale Alternativen gegen etablierte Machtstrukturen

Wenn wir unter Gemeindeautonomie eine Form der Selbstregierung verstehen, die sich als lokale, dem Staat gegenüber autonom positionierte Alltagspolitik zeigt, bleibt aber dennoch die Frage, welche politischen Handlungsspielräume auf *lokaler* Ebene tatsächlich erkämpft werden können.

Die politischen Organisationen und Netzwerke, die sich als Teil des Neuen Munizipalismus verstehen, haben sich nicht aus Selbstzweck der lokalen Ebene zugewandt. Dass die Gemeinde oder die Stadt als politischer Raum wiederentdeckt wird, ist auch als Ergebnis einer postpolitischen Konstellation auf nationaler und internationaler Ebene zu werten (Vollmer 2017). Handlungsspielräume, die auf nationaler Ebene verschlossen sind, müssen an anderen Orten geöffnet werden. Tatsächlich: Was der Neue Munizipalismus bereits geleistet hat, ist die Entlarvung der Politik des «There Is No Alternative» (TINA) als reine Ideologie (Davies 2017). Lokale AkteurInnen zeigen mit pragmatischem Vorgehen, dass es

Alternativen zum neoliberalen Dogma gibt, die verwirklicht werden können. Diese Alternativen können rein defensiv ausgestaltet sein, wenn es, wie etwa im Fall von Barcelona, Stadtregierungen gelingt, Wohnungsräumungen temporär auszusetzen. Es gibt aber auch offensivere Alternativen, wenn etwa lokale Mindestlöhne eingesetzt oder erhöhte Umweltschutzworschriften entgegen einer Logik des Standortwettbewerbs eingeführt werden.³ Auch in der Schweiz gibt es zahlreiche Gemeinden, die innovative Ansätze – etwa im Bereich der Alterspolitik, der Drogenpolitik, aber auch in der Wohnbaupolitik – erarbeitet und umgesetzt haben.

Zwei Beispiele sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden. Das erste Beispiel betrifft den Umgang mit leer stehenden Gebäuden. Der Zusammenbruch der Immobilienpreise 2008 hat in Europa und in den USA nicht nur dazu geführt, dass viele Menschen ihr Haus oder ihre Wohnung verloren haben. In vielen Städten hat sich auch die Zahl leer stehender Gebäude und Brachflächen vervielfacht. Einige Gebäude standen leer, weil keine neuen MieterInnen gefunden werden konnten. Aber in vielen Fällen – vor allem an zentralen Orten – wurde mit der Vermietung der Gebäude gewartet und darauf spekuliert, dass sich der Markt erhole und höhere Mieten realisierbar wären. Anders ausgedrückt: Wohnraum wurde der Nutzung entzogen, um zu einem späteren Zeitpunkt eine bessere Rendite zu erwirtschaften. Die Proteste gegen diese Praxis hatten in vielen Städten Erfolg: In Dublin, aber auch in Barcelona oder Athen wurde teilweise auf die Räumung von Besetzungen solcher Gebäude verzichtet. In diesen Städten wurde also eine Praxis etabliert, die in Zürich ebenfalls bekannt ist: Solange ein Gebäude ungenutzt ist, steht es der Nutzung durch andere offen. Diese Praxis hebt zumindest temporär eine Eigenschaft von Privateigentum auf und greift damit ein wesentliches Fundament etablierter Machtstrukturen an. Gleichzeitig zeigt sie, dass Privateigentum keine natürliche Gegebenheit des städtischen Raums darstellt, sondern kontingent ist. Tatsächlich ist Privateigentum als politisch anspruchsvolles Dispositiv, das sozialräumliche Beziehungen ordnen soll, auf Anerkennung durch den Staat und durch die Öffentlichkeit angewiesen. Politische Praktiken, die sich gegen Räumungen wehren, artikulieren somit einen zentralen politischen Antagonismus, der den Staat und die Öffentlichkeit zur Beantwortung der folgenden Frage zwingt: Soll das Privateigentum oder die Möglichkeit von BewohnerInnen, in der Gemeinde zu wohnen, geschützt werden? Die Autonomie der Gemeinde besteht darin, sich für die BewohnerInnen zu entscheiden und sich von eingespielten staatlichen Praktiken zu distanzieren.

Das zweite Beispiel betrifft die Bestimmung derjenigen Personen, die politisch partizipieren dürfen. Es ist kein Zufall, dass auf lokaler Ebene der Kreis derjenigen, die am politischen Leben teilhaben können, am grössten ist. Das aktive und passive Wahlrecht für AusländerInnen ist nur auf kommunaler Ebene in sieben Kantonen der Schweiz vorgesehen. Neben der Wahl- und Abstimmungsdemokratie verfügen AusländerInnen, aber auch Kinder und Jugendliche über

zahlreiche Möglichkeiten, sich in der Gemeinde einzubringen. Partizipative Planungs- oder Quartierentwicklungsprozesse sind meist offen für alle BewohnerInnen der Gemeinde oder des Quartiers. Noch weiter in diese Richtung geht die Idee einer Urban Citizenship, wie sie gegenwärtig auch in Zürich und Bern diskutiert wird. Eine Stadtbürgerschaft soll allen StadtbewohnerInnen unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit und ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu städtischen Leistungen ermöglichen. Dieses Beispiel zeigt, dass lokale Alltagspolitik Zugehörigkeit und Teilhabe weder an territoriale Grenzen noch an einen rechtlichen Status binden muss. Womit ein weiteres wesentliches Element bestehender Machtstrukturen hinterfragt und aufgebrochen werden kann, nämlich die politische Segmentierung und Hierarchisierung unterschiedlicher Personengruppen entlang ihrer Herkunft und ihrer Bürgerschaft.

Lokale Allianzen über parteipolitische Grenzen hinaus

Handlungsspielräume eröffnen sich aber auch dort, wo neue politische Allianzen möglich werden. Während auf nationaler Ebene die parteipolitische Polarisierung stetig zunimmt, zeigt sich auf lokaler Ebene ein grösserer Wille zur Zusammenarbeit. Ausserhalb parteipolitisch vorstrukturierter Entscheidungsarenen entstehen auf lokaler Ebene intensive Kooperationsformen, die engagierte EinwohnerInnen, GemeindevertreterInnen, Genossenschaften und andere Kollektive und Einzelpersonen auf freiwilliger Basis zusammenbringen. So sind im Zuge der Finanzkrise von 2008 in vielen europäischen Städten gemeinschaftliche politische Praktiken entstanden, die zwar lokal verankert sind, den bestehenden globalen Verhältnissen aber antagonistisch gegenüberstehen. Diese Alltagspolitik der Autonomie hat ein grosses Potenzial, faktische Machtkonstellationen zu durchbrechen und pragmatische Alternativen aufzuzeigen.

Dabei handelt es sich stets um Praktiken, die lokale Räume und Ressourcen zur Befriedigung von alltäglichen Bedürfnissen nutzen und dabei versuchen, alternative Formen des Alltags zu etablieren und zu verstetigen. Was diese emanzipatorischen Praktiken eint, ist die offensive Kritik am Privateigentum und die Wertschätzung von Commons als gemeinschaftlich genutzten Ressourcen im Besitz aller (Loick 2016). Wohnbaugenossenschaften, dezentrale Netzwerke der Energieversorgung oder der Nahrungsmittelproduktion und -verwertung zeigen auf, dass Formen der Selbstregierung realisierbar sind, die nicht nur den Alltag erleichtern, sondern auch unsere Vorstellungen von Alltag und Normalität verändern. In diesem Sinn weisen die munizipalistischen Experimente der Selbstregierung über ortsgebundene Konflikte hinaus. Sie übersetzen die Einsicht, dass im urbanen Kontext Mehrwert in den meisten Fällen das Ergebnis gemeinschaftlicher und nicht individuell-privater Leistung ist, in eine zukunftsrechte politische Praxis. Damit artikulieren sie einen Widerspruch der zuneh-

mend urbanisierten Gegenwart auf sinnhafte Weise: Der Versuch, Mehrwert aus dem urbanen Raum durch Fragmentierung, Einkapselung und Privatisierung zu generieren, zerstört oder vermindert genau jene gemeinschaftlichen Resourcen, auf die er angewiesen ist.

Die Beispiele zeigen, dass Gemeindeautonomie, die über die staatsrechtliche Definition und die reine Kompetenzverteilung zwischen staatlichen Ebenen hinausgeht, nicht nur politische Spielräume eröffnet, sondern tatsächlich in der Lage ist, Machtstrukturen anzugreifen und auszuhebeln. In diesem Verständnis entsprechen Gemeinden nicht dem Bild von Staatlichkeit, wie es der Nationalstaat gerne von sich zeichnet. Die politische Autorität, die die Gemeinde für sich beanspruchen kann, basiert auf dem Alltagsleben und auf einem aktivistischen Verständnis von Politik und praktischer Solidarität.

Disruptive Alltagspolitik

Die Gemeindeautonomie ist in der Schweiz tief verankert, institutionell und praktisch. In diesem Beitrag habe ich versucht, den emanzipatorischen Horizont der Gemeindeautonomie darzustellen. Ich bin zum Schluss gekommen, dass in der Gemeindeautonomie progressives Potenzial schlummert, das vom Neuen Munizipalismus und anderen politischen Praktiken der Autonomie bereits verwirklicht wird. Um den emanzipatorischen Horizont der Gemeindeautonomie sichtbar zu machen und produktiv zu nutzen, muss sich die lokale Politik auch in der Schweiz teilweise aus der staatlichen Umklammerung lösen, sowohl strategisch wie auch praktisch. Erfahrungen des letzten Jahrzehnts haben gezeigt, dass viele politische Alternativen sowohl in Europa als auch in der Schweiz primär auf lokaler Ebene entstanden sind. Experimente der Selbstregierung haben neue Handlungsspielräume eröffnet und konnten Machtstrukturen entlarven, räumlich verorten und sozial erfahrbar kritisieren. Solche Alltagspolitiken der Autonomie versprechen keine revolutionäre Transformation. Dies können sie schon deshalb nicht, weil sie auf einem Politikverständnis basieren, das Räume nicht souveräner Politik schaffen und nicht die eine souveräne Macht durch die nächste ersetzen will. Gleichwohl kann eine solche Alltagspolitik disruptiv wirken. Etwa durch die praktische Kritik an der alltäglichen Wirkung von Privateigentum auf die Gesellschaft. Indem den vom Privateigentum erzeugten räumlichen Strukturen und sozialen Rhythmen andere Räume und Gemeinschaften des Tauschs und der Sorge entgegengesetzt werden, kann der Alltag aufgebrochen und neu zusammengesetzt werden. Es sind diese Möglichkeitsräume, die sich öffnen, wenn der emanzipatorische Horizont der Gemeindeautonomie in den politischen Fokus rückt.

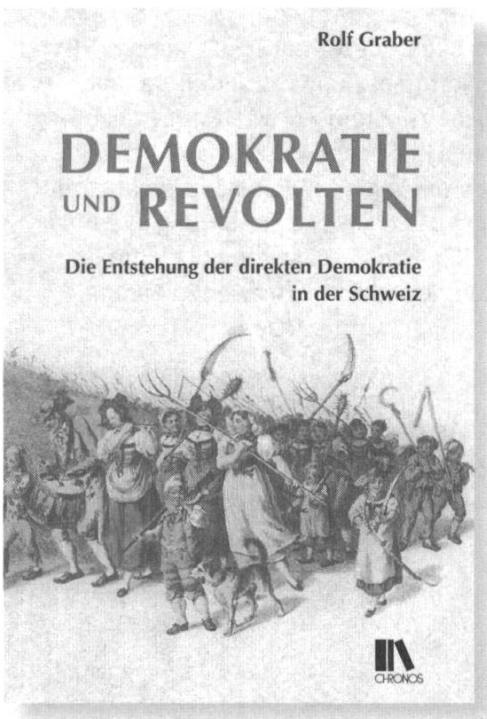
Anmerkungen

- 1 Für weiterführende Informationen siehe Ausgabe 69 der Zeitschrift *dérive* zum Thema Demokratie.
- 2 Siehe für einen aktuellen Überblick: Meyer (2011), Fiechter (2010), Linder/Mueller (2017).
- 3 Für weiterführende Informationen zur progressiven Gemeindepolitik in den USA siehe Dreier, Peter, 2013: Radicals in the City Hall. An American Tradition. In: Dissent. www.dissentmagazine.org/online_articles/radicals-in-city-hall-an-american-tradition (Abfrage 28.4.2018). Exemplarisch ist die Entwicklung in Richmond (Kalifornien), siehe dazu: Onishi, Norimitsu, 2012: California City Savors Role in Fighting «Big Soda». In: The New York Times, 4.11.; für eine Liste mit allen Städten/Gemeinden in den USA mit Mindestlöhnen siehe die Datenbank des Labor Center der Berkeley Universität: laborcenter.berkeley.edu/minimum-wage-living-wage-resources/inventory-of-us-city-and-county-minimum-wage-ordinances (Abfrage 23.4.2018).

Literatur

- Baird, Kate Shea, 2017: Eine neue internationale munizipalistische Bewegung ist im Entstehen. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung 69, 28–30
- Bookchin, Murray, 2015: The Next Revolution. London/New York
- Cooper, Davina, 2016: Transformative State Publics. In: New Political Science 38(3), 315–334
- Cooper, Davina, 2017: Prefiguring the State. In: Antipode 49(2), 335–356
- Davies, Jonathan, 2017: Governing in and against austerity. International lessons from eight cities. Leicester
- Fiechter, Julian, 2010: Politische Gemeinde und lokale Autonomie in der Schweiz. Lausanne
- Holloway, John, 2010: Crack Capitalism. London
- Kübler, Daniel / Ladner, Andreas, 2003: Local Government Reform in Switzerland. More «for» than «by» – but what about «of»? In: Kersting, Norbert / Vetter, Angelika (Hg.): Reforming Local Government in Europe. Opladen, 137–156
- Kübler, Daniel, 2015: Die Schweizer Gemeinde. Immer noch eine Schule der Demokratie? In: Kübler, Daniel / Dlabac, Oliver (Hg.): Demokratie in der Gemeinde. Zürich, 13–34
- Kübler, Daniel / Dlabac, Oliver (Hg.), 2015: Demokratie in der Gemeinde. Zürich
- Ladner, Andreas, 1991: Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Zürich
- Ladner, Andreas / Bühlmann, Marc, 2007: Demokratie in der Gemeinde. Zürich
- Linder, Wolf, 1980: Zur Einführung. Kommunalpolitik im Spiegel schweizerischer und deutscher Literatur. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 9–37
- Linder, Wolf / Mueller, Sean, 2017: Schweizerische Demokratie. Institutionen, Strukturen, Prozesse. Bern
- Loick, Daniel, 2012: Kritik der Souveränität. Frankfurt am Main.
- Loick, Daniel, 2016: Der Missbrauch des Eigentums. Berlin
- Magnusson, Warren, 2015: Local Self-Government and the Right to the City. Montreal & Kingston/London/Ithaca
- Meyer, Kilian, 2011: Gemeindeautonomie im Wandel. Norderstedt
- Mill, John Stuart, 1991 [1861]: Considerations on Representative Government. Oxford

- Schläppi, Daniel, 2007: Das Staatswesen als kollektives Gut. Gemeinbesitz als Grundlage der politischen Kultur in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft. In: *Historical Social Research* 32(4), 169–202
- Schläppi, Daniel, 2011: Reziprozität und sanfte Regulierung. Legitimität und Funktionsweise politischer Herrschaft im Raum der alten Eidgenossenschaft. In: Akude, John E. u. a. (Hg.): *Politische Herrschaft jenseits des Staates*. Wiesbaden, 209–234
- Tocqueville, Alexis de, 1968 [1835]: *Democracy in America*. London
- Vollmer, Lisa, 2017: Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. In: *sub/urban* 5(3), 147–156



Rolf Graber

DEMOKRATIE UND REVOLTEN

Die Entstehung der direkten Demokratie in der Schweiz

Rolf Graber

Demokratie und Revolten

Die Entstehung der direkten Demokratie in der Schweiz

2017. 2. Auflage. 232 S. Geb. CHF 38

Erkämpfte Demokratie

Rolf Graber beschreibt die Entstehung der direkten Demokratie als Resultat politischer und sozialer Kämpfe und präsentiert damit eine spannende alternative Sichtweise.

«Graber erzählt mit einer Fülle von Quellen eine spannende Geschichte. Und er gibt mit seiner Analyse Denkanstösse für die Themen, welche derzeit die demokratische Welt bewegen, von der Mitsprache der Bürger bis zum Verhältnis zwischen Elite und Volk.» Neue Zürcher Zeitung

www.chronos-verlag.ch



Dario Azzellini

Vom Protest zum sozialen Prozess

Betriebsbesetzungen und Arbeiten in
Selbstverwaltung. Eine Flugschrift

152 Seiten | EUR 12.80 | ISBN 978-3-89965-826-2

Ist es möglich, im Kapitalismus »anders« zu arbeiten und damit die Perspektive einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aufzuzeigen und zu eröffnen? Beschäftigte in Lateinamerika, aber auch in Europa und Nordamerika haben erfolgreich Besetzungen von Betrieben durchgeführt, die von der Schließung bedroht waren. Sie zeigen nicht nur auf, wie in Zeiten der Defensive der Arbeiter*innenbewegung und Gewerkschaften offensive Kämpfe geführt werden können, sie bieten auch praktische Lösungen und zugleich eine konkrete Utopie an.

**dario azzellini
vom protest
zum sozialen prozess**



betriebsbesetzungen und arbeiten
in selbstverwaltung

VSA:

eine flugschrift

David Harvey Marx' 2. Band des »Kapital« lesen

VSA:



David Harvey

Marx' 2. Band des »Kapital« lesen

Ein Begleiter zum Verständnis der Kreisläufe
des Kapitals

Aus dem Amerikanischen von Christian Frings

440 Seiten | EUR 26.80

ISBN 978-3-89965-716-6

Die von Karl Marx begründete Politische Ökonomie ist nach wie vor der Schlüssel zum Verständnis des kapitalistischen Wirtschaftssystems. David Harveys legendäre Videokurse machen Marx' Hauptwerk auch im 21. Jahrhundert einem breiteren Publikum zugänglich. Methodisch an seine erfolgreiche Einführung in den ersten Band des »Kapital« anschließend begleitet er die LeserInnen nunmehr durch den zweiten Band.

Simon Sutterlütti / Stefan Meretz

Kapitalismus aufheben

Eine Einladung, über Utopie und Transformation
neu nachzudenken

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 5
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | EUR 16.80 | ISBN 978-3-89965-831-6

Utopie kann zeigen, was Menschen möglich ist, Transformation, wie das Mögliche wirklich werden kann. Mithilfe zweier neuer Theorieansätze (kategoriale Utopietheorie und Aufhebungstheorie) neu über Utopie und Transformation nachzudenken, dazu laden die Autoren ein.

Simon Sutterlütti / Stefan Meretz

Kapitalismus aufheben



Eine Einladung, über Utopie und
Transformation neu nachzudenken

VSA:

www.vsa-verlag.de